



Zeit

En

Schuld

Die evangelische Kirche im
Nationalsozialismus



HERR SEI GOTT WEHR HOHE





Inhalt

Vorwort	I
Die Kirche und der Nationalsozialismus	7
Wie hat sich die Kirche schuldig gemacht?	7
Polarisierung in der Kirchengemeinschaft	12
Zwischen Widerstand, Zustimmung und Kollaboration	16
Die evangelische Kirche im Zweiten Weltkrieg	19
Wie ging die Kirche mit der Schuldfrage um?	20
Ein positives Beispiel aus der Gegenwart	23
Schluss	24
Literatur- und Quellenverzeichnis	28



Hakenkreuz und Kirchenfahne an der Lazarus-Kirche in Berlin, 1933.

Als die Nazis die Kommunisten holten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Sozialdemokrat.
Als sie die Katholiken holten,
habe ich nicht protestiert;
ich war ja kein Katholik.
Als sie mich holten, gab es keinen mehr,
der protestieren konnte.

Martin Niemöller

Vorwort

Zwar zählt die Kenntnis der Verfolgung der Juden zum Allgemeinwissen über den Nationalsozialismus, inwiefern und vor allem auch, dass die evangelische Kirche überhaupt in dieses System integriert war, ist hingegen kaum bekannt. Sie war maßgeblich daran beteiligt, dass die Nationalsozialisten Einblick in die genealogische Vergangenheit der einzelnen Mitglieder erhielten und so gezielt die jüdisch-stämmigen herausfiltern konnten. Auch rassistische und antisemitische Äußerungen seitens kirchlicher Amtsträger waren keine Seltenheit – die nationalsozialistische Weltanschauung war auch in den Köpfen und Taten der Protestanten präsent. Zwar gab es vereinzelt Widerstand, jedoch überwiegend von Einzelpersonen – eine kirchliche Widerstandsbewegung existierte nicht.

Schuld ist ein Begriff, der so komplex und vielschichtig ist, dass man ihn kaum definieren kann. Und doch muss das, was sich hinter der Schuld verbirgt, aufgeklärt werden, auch wenn die Kirche häufig eine Abwehrhaltung gegen diese Thematik zeigt. Nach 1945 nahm sie Kriegsverbrecher in Schutz und gewährte belasteten Nationalsozialisten Vergebung. Von den Kirchenleitungen wurden Gnadengesuche eingereicht, sie beharrten auf der Unschuldsvermutung, sprachen von „angeblichen“ oder „so genannten Kriegsverbrechern“ und forderten die Freilassung derselben. Hinzu kam, dass sich die Kirche vehement gegen die alliierte Entnazifizierungspraxis aussprach und sich als „Anwalt des deutschen Volkes“ darstellte. Das Mitgefühl der evangelischen Kirche galt den Tätern, nicht den Opfern. Mit dieser Haltung hatte sie sich zum zweiten Mal schuldig gemacht.

Es ist Montag, der 10. April 1933. Martha Hoffmann macht sich auf den Weg zur Arbeit, sie ist Lehrerin an einer Berliner Grundschule. Am vergangenen Freitag wurde von den Nationalsozialisten das Berufsbeamtengesetz verabschiedet, nach dem nun für bestimmte Berufe, u. a. auch für Lehrer, ein Abstammungsnachweis erbracht werden musste. Um den Beruf weiter ausüben zu können, ist die „arische“ Herkunft urkundlich zu belegen. Martha teilt die Unsicherheit vieler darüber, was „arisch“ überhaupt bedeutet, fordert aber trotzdem einen solchen Nachweis von ihrer Kirchengemeinde an. Sie hatte zwar gehört und auch mitbekommen, dass eine jüdische Abstammung viele Nachteile mit sich bringen konnte, macht sich aufgrund ihres christlichen Glaubens aber nicht viele Gedanken darüber und sieht es als bloße Formalie.

Wenige Tage später erhält Martha einen Brief von ihrer Kirchengemeinde, in dem neben den üblichen Daten auch die Konfession, zurückreichend bis zu ihren Großeltern, dargestellt wird. Durch einen zusätzlichen Vermerk erfährt sie überraschend, dass ihre Urgroßmutter jüdischer Abstammung war. Bis zu diesem Augenblick ging Martha davon aus, dass sie aus einer christlichen Familie stammt. Die neue Erkenntnis beunruhigt sie jedoch nicht allzu sehr, kann sie sich doch nicht vorstellen, dass eine so weit zurückliegende Tatsache noch Einfluss auf ihre Gegenwart haben könnte.

Am Tag darauf unterhält sich Martha im Lehrerzimmer mit einer befreundeten Kollegin. Diese erzählt besorgt, dass ihr mittlerweile christlich getaufter Vater eigentlich Halbjude ist und sie aufgrund der Gerüchte über Juden um ihn und ihre Anstellung bangt. Nach dem Wochenende erfährt Martha in der Schule, dass ihrer Kollegin gekündigt wurde. Nun doch beunruhigt hinsichtlich ihrer beruflichen Zukunft wegen der eigenen Verwandtschaftsverhältnisse und froh, ihren Nachweis noch nicht abgegeben zu haben, wendet sie sich wiederholt an ihre Kirchengemeinde, mit der Bitte, das prekäre Detail unerwähnt zu lassen.



Die Kirche und der Nationalsozialismus

Wie hat sich die Kirche schuldig gemacht?

Ab April 1933 gingen Anfragen nach den sogenannten Ariernachweisen in tausendfacher Ausführung in Kirchengemeinden ein. Häufig waren diese Anfragen sehr ungenau, weil die Menschen nicht wussten, worum es in den Bestimmungen genau ging und was „Arier“ überhaupt sein sollten. Klar war nur, sie waren „die Guten, die Richtigen“. Die Zahl der kirchlichen Bescheinigungen für den Ariernachweis ging in die Millionen. Laut eines Berichts vom Mai 1935 wurden allein in den ersten zwei Jahren ca. 12,5 Millionen Kirchenbuchauszüge angefertigt.

Aufgrund ständiger Ausweitungen der nationalsozialistischen Ariergesetzgebung nahm diese Zahl im Laufe der Jahre deutlich zu. Die Gemeinden waren im steten Einsatz und oft überfordert angesichts der Flut an Anfragen und sahen sich zugleich mit zunehmendem Druck vonseiten der Nationalsozialisten konfrontiert, die Einsicht in und Zugriff auf die Kirchenbücher forderten. Trotz allem wurden die kirchlichen Amtsträger, zumeist Pfarrer, nicht gezwungen, ganz im Gegenteil, sie lieferten die Nachweise oft bereitwillig und beschleunigten dadurch die Ausgrenzungspolitik. In vielen Fällen waren es professionelle Theologen, die auf verschiedenen Ebenen die Sippenforschungspraxis ausübten. Hinzu kam, dass die Recherche für die Nationalsozialisten und die nicht unerheblichen konkreten und materiellen Hilfeleistungen mit kirchlichen Mitteln gefördert und finanziert wurden. Im Zuge der Professionalisierung der Forschungen richtete die Regierung eine eigene → **Reichsstelle für Sippenforschung** ein, die eng mit den zuständigen Verantwortlichen der Kirche zusammenarbeitete. Seit 1933 waren im Deutschen Reich über eine halbe Million „Glaubensjuden“ von den rassistischen Maßnahmen betroffen; eine annähernd große heterogene Gruppe waren andere „Nichtarier“, die durch die neue Gesetzgebung zu „Juden“, „Halbjuden“, „Vierteljuden“ oder sogenannten „Mischlingen“ gemacht wurden. Diese Menschen wurden in vielen Fällen durch die Kirche ausgeliefert. Um sie zu finden und als „Nichtarier“ ausweisen zu können, musste eine Auswertung der → **Kirchenbücher** erfolgen, wodurch die Kirche schlagartig integraler Bestandteil und wichtige Säule des Staates wurde. Angesichts dieser intensiven Interaktion stellt sich eine wesentliche Frage:

Sippenforschung ist ein eng mit der Sprache und Zeit des Nationalsozialismus verbundener Begriff, der ein Forschungsgebiet bezeichnet, das genealogische und verwandtschaftliche Verbindungen von Familien oder Personen zu ergründen sucht. Die Reichsstelle für Sippenforschung (später Reichssippenamt) wurde 1935 gegründet und beschäftigte sich hauptsächlich mit der Erstellung von Ariernachweisen.

Da es staatliche Personenstandsregister erst seit Mitte der 1870er Jahre (Preußen) gibt, waren die **Kirchenbücher** von besonderer Bedeutung. Diese reichten deutlich weiter zurück und waren somit eine einmalige, dem Staat eigentlich nicht zugängliche Quelle. Ohne sie hätte er teilweise gar nicht identifizieren können, wer nach den eigenen staatlichen Gesetzen „Jude“ war.

Warum half die Kirche so bereitwillig?

Der Machtantritt der Nationalsozialisten wurde von den evangelischen Kirchengemeinschaften zunächst überwiegend positiv aufgenommen. Grund dafür war die Hoffnung auf eine bedeutendere – und vor allem einflussreichere – Stellung im neuen Staat. Nachdem das Verhältnis von Weimarer Republik und Kirche durch Distanz geprägt war und sich letztere in ihrer Existenz bedroht sah, sollte sich diese Beziehung nun ändern. Hinzu kam die bereits ab 1930 zunehmend angespannte politische und gesellschaftliche Situation, die u. a. das Erstarken nationalsozialistischer Kräfte mit sich brachte – auch in der Kirche. Jene fühlte sich ab 1933 vielfach aufgewertet, da ihre Dienstleistungen nun von besonderer Bedeutung waren. Sie konnte Teil einer wichtigen Staatsangelegenheit sein und dadurch vermehrt Anerkennung im neuen Staat erlangen, was nach der „gottlosen“ Weimarer Republik als Errungenschaft galt. Aus diesem Grund wurde die kirchliche Amtshilfe für den NS-Staat in dieser Angelegenheit bereitwillig geleistet.

**Wir halten die Kräfte des
Christentums unentbehrlich für
den sittlichen Wiederaufstieg
des deutschen Volkes.**

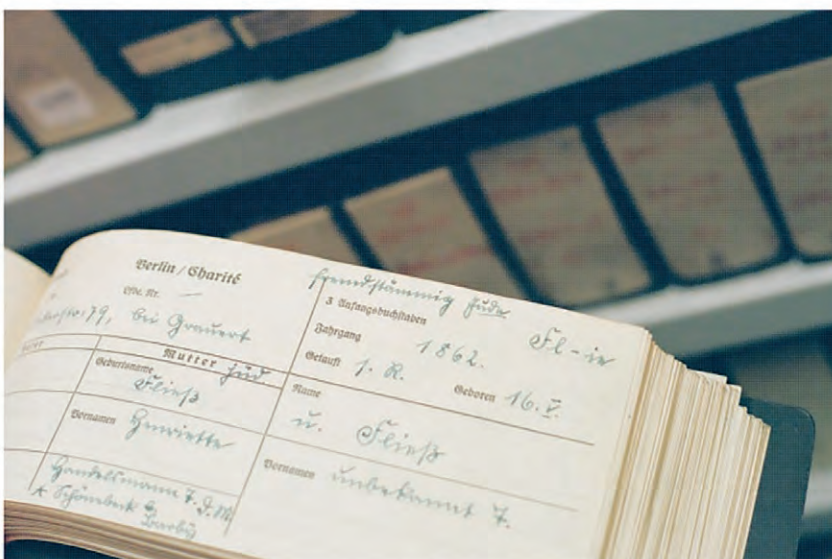
Adolf Hitler

Während die allgemeine kirchliche Partizipation in vielen Fällen einzig dem Auftrag geschuldet war, gingen einige Landeskirchen, Kirchenprovinzen oder Gemeinden weit über die bloße Preisgabe der Daten hinaus. Sie betrieben eigene rassistisch motivierte Sippenforschung und finanzierten dies aus kirchlichen Ressourcen. Teilweise nahmen die Mitarbeiter große Projekte in Angriff und erstellten Namenskarteien von „Nichtariern“, um die Aussonderung zu systematisieren. Dies geschah freiwillig und bereitwillig, weil sie die rassistischen Ansichten des Staates oftmals teilten und so ihre Loyalität unter Beweis stellen wollten.

Beispielhaft kann die kircheneigene Sippenforschung der → **Kirchenbuchstelle Alt-Berlin** genannt werden, in der die Benennung und Auslieferung von „Nichtariern“ in großem Umfang erfolgte. Unter der Leitung des antisemitisch motivierten Pfarrers → **Karl Themel** wies ein von der Kirche finanziertes Forschungsteam den „jüdischen Bluteinschlag“ in der Hauptstadt nach. Themel leitete die Forschungsstelle ab 1936, bis zu ihrem Bestehen 1945 waren dort mehr als 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Ein großer Ansporn war dabei auch das Bestreben, die NS-Machthaber zu beeindrucken. In ähnlichen oder kleineren Maßstäben entfaltete sich diese Art der Sippenforschung deutschlandweit in Gemeinden und Kirchen. Die kirchliche Mitarbeit an den rassistischen Nachforschungen war in deutsch-christlich beherrschten Gemeinden im Allgemeinen intensiver und radikaler als in anderen Gemeinden und Bestandteil einer sogenannten „Entjudungspolitik“. Letztere verfolgte das Ziel, jüdische Spuren in Kult, Liturgie und Predigt zu beseitigen und „nichtarische“ Christen vollständig aus dem kirchlichen Leben zu verbannen. Getrieben durch eine völkisch-rassistische und antisemitische Haltung war es erklärtes Ziel dieser Kirchen, zur Herstellung der homogenen Volksgemeinschaft beizutragen, eine „judenreine“ Kirche zu erreichen und sich gleichzeitig mehr Anerkennung im zukünftigen nationalsozialistischen Staat zu verschaffen. Es kam zwar vor, dass einzelne Pfarrer die Auskünfte verweigerten oder unterschlugen, das war aber sehr selten. Diese kleinen, unbemerkten Widerstandshandlungen sind außerdem heute schwer zu verifizieren. Zweifellos gab es aber einzelne Pfarrer oder Kirchenbedienstete, die mutig waren und die allgemeine kirchliche Amtshilfe für die nationalsozialistischen Judenverfolger kritisierten und teilweise sogar sabotierten.

Die **Kirchenbuchstelle Alt-Berlin** wurde 1936 mit dem Ziel gegründet, alle Kirchenbücher der Altberliner Stadtgemeinden zentral zu erfassen und somit eine Gesamtverkartung aller Namen zu ermöglichen. Die Daten wurden daraufhin freiwillig und ohne Auftrag an die Reichsstelle für Sippenforschung oder andere NS-Organisationen weitergeleitet. Ohne diese Informationen wäre die systematische Verfolgung Christen jüdischer Herkunft deutlich erschwert worden.

Karl Themel (1890-1973) war Theologe, evangelischer Pfarrer und ab 1932 Mitglied der NSDAP. Zudem war er Mitbegründer und gehörte zum engsten Führungskreis der *Deutschen Christen*. Er initiierte die Kirchenbuchstelle Alt-Berlin auf eigenes Bestreben und bekleidete hochrangige Kirchenämter. Nach 1945 war er weiterhin als Pfarrer tätig und wurde mit Aufgaben im Archiv- und Kirchenbuchwesen der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg (West-Berlin) betraut.



Eine Karteikarte mit dem Vermerk „fremdstämmig Jude“.

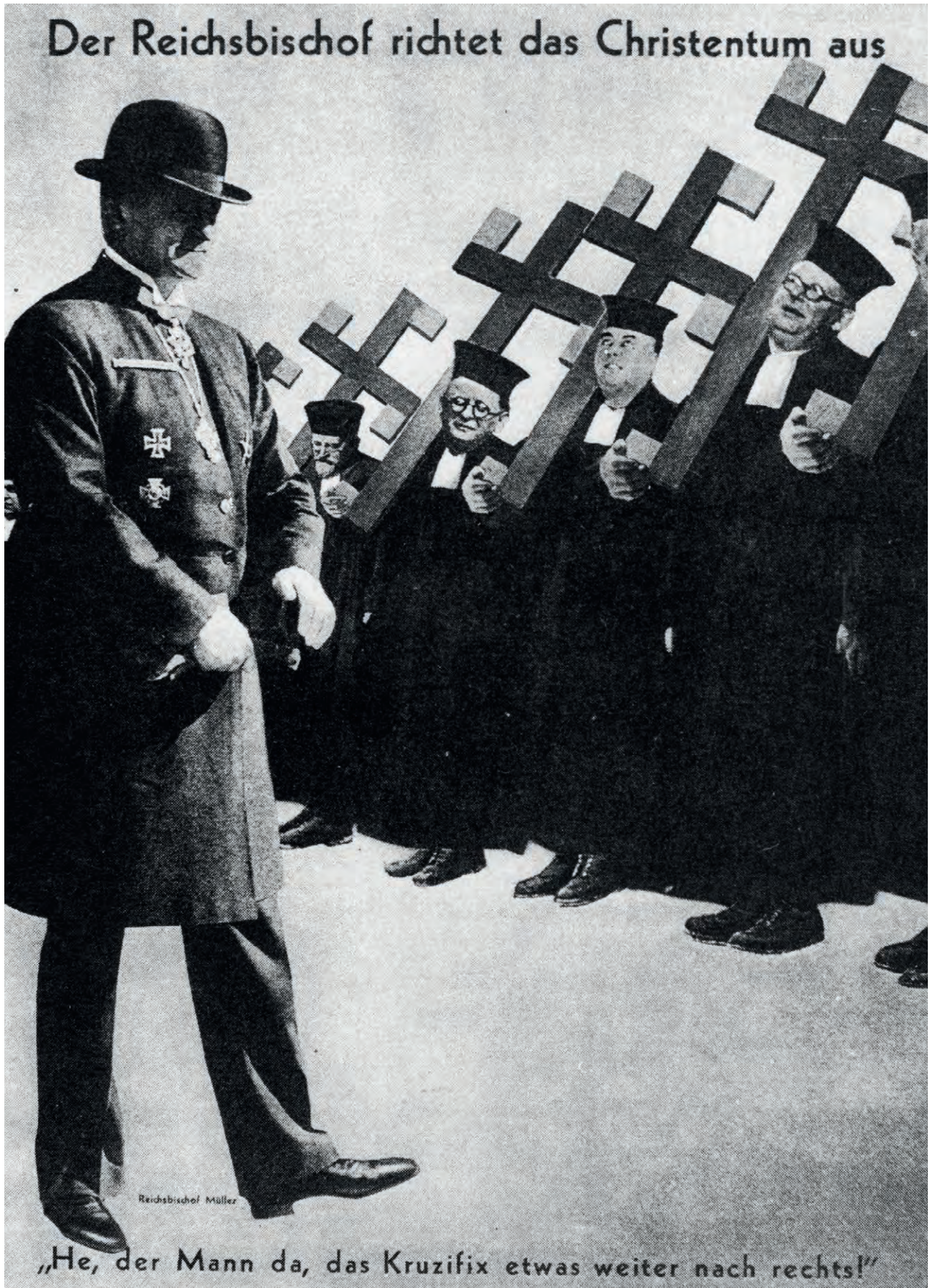
© Evangelisches Landeskirchliches Archiv in Berlin

Der für Marthas Anliegen zuständige Pfarrer kann ihren Wunsch leider nicht erfüllen, mit der einfachen Begründung, dass er die offiziellen Anordnungen befolgen will und muss. Kurze Zeit später meldet sich auch die Schulleitung bei ihr und erkundigt sich nach dem Nachweis, er müsse endlich eingereicht werden. Etwas ängstlich beschließt Martha, den Forderungen nun doch nachzugehen und den Brief abzugeben. Zu ihrer Erleichterung geschieht nichts.

Im Laufe der nächsten Monate spürt sie immer deutlicher den Einfluss der aktuellen antisemitischen Politik: Einige jüdische Schüler erscheinen nicht mehr zum Unterricht, das Kollegium wird kleiner und auch in ihrer Freizeit bemerkt sie während der Sonntagsmesse, dass jüdische Begriffe, wie ‚Hallelujah‘, die zuvor noch selbstverständlich waren, aus der Predigt verschwinden. Einerseits ist sie froh, dass sie anscheinend glimpflich davongekommen ist und ihr weit entferntes Verwandtschaftsverhältnis vermutlich keine Rolle spielt, andererseits ist sie trotzdem wachsam und verunsichert. Angesichts der unruhigen Grundstimmung in der Bevölkerung wird sie zunehmend vorsichtiger in dem, was sie Freunden und Bekannten anvertraut. Sie hat realisiert, dass vermeintlich „jüdische Gene“ gefährlich werden können.

Einige Wochen später geht Martha zur feierlichen Einweihung der neuen Kirchenglocke in den Gottesdienst. Erschrocken stellt sie fest, dass in diese nationalsozialistische Symbole eingraviert sind. Auch die restliche Kirchengestaltung ist verändert: Seit neuestem befinden sich Hakenkreuzfahnen und Symbole vor und in der Kirche. Beim späteren Zusammentreffen im Gemeindehaus verfolgt sie ein Gespräch zwischen dem Pfarrer und einem Vikar. Sie unterhalten sich über den engagierten Berliner Pfarrer Karl Themel, der intensive Sippenforschung betreiben würde. Martha kennt ihn bereits von einem seiner Rundfunkvorträge zum Thema »Evangelium und Deutscher Sozialismus«, den sie im Februar gehört und dessen religiös-politische Rede sie skeptisch verfolgt hatte.





Karikatur auf die Deutschen Christen unter Reichsbischof Ludwig Müller.
Fotomontage von John Heartfield in einer tschechischen Emigrantenzeitschrift.
Jahr unbekannt. © ullstein bild - Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Polarisierung in der Kirchengemeinschaft

Die **Deutschen Christen** verfolgten als innerevangelische Kirchenpartei das Ziel, den deutschen Protestantismus an die Weltanschauung des Nationalsozialismus anzugleichen. Bei der Kirchenwahl im Juli 1933 erlangten die DC eine Zweidrittelmehrheit und besetzten nun die meisten wichtigen Ämter der neu geschaffenen Reichskirche. In ihren „Richtlinien“ hieß es: „Wir sehen in Rasse, Volkstum und Nation uns von Gott geschenkte und anvertraute Lebensordnungen. [...] Daher ist der Rassenvermischung entgegenzutreten. [...] In der Judenmission sehen wir eine schwere Gefahr für unser Volkstum. Sie ist das Eingangstor fremden Blutes in unseren Volkskörper.“

Die **Bekennende Kirche** ging aus dem 1933 gegründeten Pfarrernotbund hervor, in dem sich Theologen und kirchliche Amtsträger gegen die Einführung des „Arierparagraphen“ zusammenschlossen. Damit reagierten sie auch auf die Versuche der DC, die Deutsche Evangelische Kirche in eine nationalsozialistische Reichskirche umzuformen. Damit begann der sogenannte „Kirchenkampf“ zwischen DC und BK. Jener war vornehmlich theologisch motiviert; die Übertragung des „Arierparagraphen“ auf die Kirche galt den Initiatoren als bekennniswidrig und nicht vereinbar mit dem Wesen einer christlichen Kirche. Diese Kritik war nicht politisch gemeint und auch keine Verteidigung der Juden bzw. eine Kritik am staatlichen Antisemitismus. Erst Mitte der 1930er entwickelt sich an den Rändern der BK eine weitergehende politische Kritik. Eine einheitliche Opposition gegen das NS-Regime bildete die BK nicht; große Teile auch der bekennenden Christen blieben dem „Führerstaat“ treu und bejahten auch den Zweiten Weltkrieg.

Bereits 1932 gründete sich die Gruppe der → **Deutschen Christen (DC)**, die in ihrem Grundsatz nationalsozialistisch ausgerichtet war. Ihr Programm beinhaltete die Schaffung einer Reichskirche im Sinne der Gleichschaltung, die Aufnahme des „Arierparagraphen“ in die Kirchenverfassung und damit zusammenhängend den Ausschluss aller Juden(stämmigen) aus der Kirche. Dem gegenüber stand die 1934 gegründete → **Bekennende Kirche (BK)**, deren Ansichten dem diametral entgegenstanden. Sie lehnten die Öffnung der Kirche für diese völkisch-rassische Weltanschauung ebenso ab wie die Gleichschaltungsmaßnahmen, welche massive Eingriffe in innerkirchliche Angelegenheiten bedeuteten. Sie sah sich als die rechtmäßige evangelische Kirche in Deutschland und verweigerte der nationalsozialistischen Reichskirche den Gehorsam. Beide Gruppen bewegten sich stets in einem Spannungsfeld von Ablehnung, Zustimmung und einer dazwischenliegenden, schwer überschaubaren Grauzone, die durch eine – mehr oder weniger betonte – Nichtzugehörigkeit und vereinzelte Seitenwechsel geprägt war.



Wahlleute der ‚Deutschen Christen‘ und von ‚Evangelium und Kirche‘, 1933.

© ullstein bild - Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Am Beispiel der Berliner Pfarrer wird deutlich, wie dieser „**Bruderkampf im eigenen Haus**“ wirkte; so waren gut 44% der Pfarrer Mitglied der DC, über 36% gehörten der BK an. Besonders interessant ist hier der Zusammenhang zwischen DC und NSDAP, war doch knapp die Hälfte der DC-Pfarrer zugleich Parteimitglied; die BK hingegen war in der Partei kaum vertreten. Es gab demnach eine enge Zusammenarbeit zwischen einem Teil der Kirche und der Politik, die in Karl Themel wohl ihr eindrucklichstes Beispiel fand. Die Parteieintritte Berliner Pfarrer aus dem ersten Halbjahr 1933 zeigt die Dynamik der politischen Situation; weder zuvor noch danach traten so viele evangelische Pfarrer in die NSDAP ein wie zu dieser Zeit. Dabei war die Mitgliedschaft freiwillig; jene war nicht durch drohende Nachteile oder Zwang motiviert. Vielmehr fühlten sich gerade die ersten Mitglieder als politische Pioniere, als verdienstvolle alte Kämpfer der Bewegung und sahen den Parteieintritt als Aufwertung ihrer Person und vorbildstiftende Handlung.

Die Polarisierung blieb auch in den Folgejahren bestehen. Die DC waren dabei von einer massiven Austrittswelle, interner Zersplitterung sowie Umformung und anhaltender Neuorientierung geprägt. Die BK wurde ab 1937 zunehmend verfolgt, blieb aber als Gruppierung bestehen. **Von einer Widerstandsbewegung, als welche sie häufig dargestellt wird, kann in ihrem Fall aber nicht die Rede sein.** Zwar gab es Einzelfälle, wie → **Martin Niemöller** oder → **Dietrich Bonhoeffer**, die sich offen gegen den nationalsozialistischen Staat wandten, aber auch viele Mitglieder, die zugleich dem Führerstaat treu waren und für welche die Vereinbarung von christlichem Glauben und Nationalsozialismus kein Hindernis darstellte.



Deutsche Christen werben bei den evangelischen Kirchenwahlen für Stimmen, 1933.

© ullstein bild - Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Martin Niemöller (1892-1984) war ein evangelischer Theologe, Vorsitzender des Pfarrernotbunds und führender Vertreter der BK. Seit 1924 wählte er die NSDAP, entwickelte sich dann aber zum Widerstandskämpfer. Da er den Arierparagraphen aus religiösen Gründen ablehnte, wurde Niemöller 1934 aus seinen Ämtern enthoben und erhielt Rede- und Schreibverbot, er predigte jedoch trotzdem weiter. Von 1937-1945 war er in Konzentrationslagern inhaftiert. Nach 1945 war er in verschiedensten Kirchenämtern aktiv, setzte sich für eine Neuordnung der Evangelischen Kirche ein und engagierte sich in der Friedensbewegung.

Dietrich Bonhoeffer (1906-1945) war Theologe, Vertreter der BK und am Widerstand gegen den Nationalsozialismus beteiligt. Ab 1940 stand er unter Rede- und Schreibverbot, entwickelte aber ab 1943 in seinen Gefängnisbriefen einflussreiche, neue Gedanken zur Neuausrichtung der Evangelischen Kirche. Im Jahr 1945 wurde er auf Führererlass Adolf Hitlers aufgrund mutmaßlicher Verbindungen zum Widerstand des 20. Juli 1944 hingerichtet.



Entwurf für eine Bischofskette (Reichsbischof) für die „Deutsche Evangelische Kirche“, 1935.

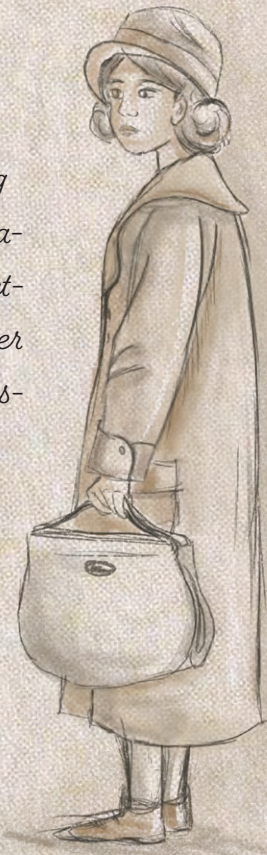
© Evangelisches Landeskirchliches Archiv in Berlin, ELAB 7.10/253



Hakenkreuzfahnen bei dem Gedenkgottesdienst für Peter Voß in der Südsterne Kirche in Berlin, 1934. © ullstein bild - Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Die neuen Entwicklungen nimmt auch Martha beunruhigt zur Kenntnis. Nicht nur, dass die Kirche zunehmend ihren christlichen Charakter verliert und immer offensichtlicher nationalsozialistisch geprägt ist, sondern auch in den Gottesdiensten zeigt sich immer deutlicher die Veränderung, u.a. weil sie in letzter Zeit zusätzlich von der Gestapo überwacht werden. Die Gemeinde nimmt diese Tatsache teils erschrocken, teils wohlwollend zur Kenntnis. Martha hatte die Spaltung in die zwei Gruppierungen in den letzten Jahren beobachtet und sie nun in der eigenen Gemeinde mitzerleben, bestätigt sie in der Vermutung, dass ein Teil der Kirche vom rechten Wege abgekommen ist. Besonders die DC und deren rassistische Äußerungen bestätigen sie in ihrem Urteil; sie hatte gehört und auch miterlebt, dass in deren Richtlinien von „Rassenvermischung“ die Rede ist und sie sich antisemitisch gegen Juden aussprechen. Ein Schlüsselerelebnis war die Nachricht, dass der geschätzte Pfarrer ihrer Gemeinde, welcher sich zuletzt immer häufiger gegen die Kooperation der Kirche mit dem Staat ausgesprochen hatte, nicht mehr in der Gemeinde tätig war. Auf Nachfrage hieß es, dass er in ein Lager nach Dachau gebracht wurde.

Ende des Jahres 1935 sollte eine engagierte Lehrerin Marthas Leben verändern; Elisabeth Schmitz verteilte anonym eine Denkschrift mit dem Titel „Zur Lage der deutschen Nichtarier“, welche die alltägliche Verfolgung der Juden im NS-Staat anprangerte. Sie bezog sich damit auf die kurz zuvor veröffentlichten Nürnberger Gesetze. Zwar wurde die Schrift nur an wenige Mitglieder der BK verteilt, jedoch fällt Martha durch Zufall eine Ausgabe in die Hände. Sie ist beeindruckt vom Mut dieser Frau, nicht nur die Nationalsozialisten anzugreifen, sondern auch direkt an die evangelische Kirche zu appellieren, die Verfolgten zu unterstützen. Die zum großen Teil ausbleibende Hilfe von dieser Seite lässt Martha ihr Verhältnis zur Kirche immer kritischer hinterfragen.



Zwischen Widerstand, Zustimmung und Kollaboration

Wie verhielten sich die Gruppierungen im „Bruderkampf“?

Unter den **Nürnberger Gesetzen** wird die Gesamtheit der Gesetze vom 15.09.1935 zusammengefasst, die der antisemitisch-rassistischen Weltanschauung des NS-Regimes und der Judenverfolgung eine juristische Grundlage verschafften.

- „Reichsbürgergesetz“: Entrechtung von Juden zu „Staatsangehörigen“ zweiter Klasse
- „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“
- Verbot von Ehen zwischen Juden und „Ariern“

Heinrich Grüber (1891-1975) war ein evangelischer Theologe und Gegner des Nationalsozialismus. Er trat Anfang 1933 in die NSDAP ein, wandte sich aber im Laufe des Jahres gegen die nun offen erkennbare nationalsozialistische Diktatur und schloss sich dem Pfarrernotbund an. Das von ihm gegründete Büro Grüber ermöglichte verfolgten Christen jüdischer Herkunft die Auswanderung aus Deutschland. Von 1941 bis 1943 war er Häftling im KZ Dachau. Nach Kriegsende öffnete er sein Büro wieder, nun für Opfer des Nationalsozialismus und des Holocaust. 1957 wandelte Grüber die Hilfsstelle in eine Stiftung um.

Trotz der Spaltung in die beiden sich gegenüberstehenden Gruppierungen kann nicht klar zwischen Widerstand und Kollaboration unterschieden werden. Wenngleich die BK die Verfolgung von Christen jüdischer Herkunft nicht zulassen konnte, so zeigte sich auch in ihr ein unterschwelliges, mehrheitliches Einvernehmen mit den antisemitischen Maßnahmen des NS-Regimes. Auch sie hatte ihre Schwierigkeiten damit, das Gebot der Nächstenliebe außerhalb der evangelischen Gemeinden allgemein und grundsätzlich anzuwenden. Selbst Martin Niemöller sympathisierte anfänglich ideologisch mit den staatlichen Maßnahmen gegen die Juden und wies politischen Protest gegen ebendiese zurück. Gefangen in den Denkmustern des biblischen Antijudaismus einerseits und der Nächstenliebe, den Botschaften des Neuen Testaments andererseits, gab es nichtsdestotrotz Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfer, die für universelle Grundrechte eintraten und die nationalsozialistische „Lösung der Judenfrage“ grundsätzlich missbilligten.

Als die Auswirkungen der → **Nürnberger Gesetze** immer massiver spürbar wurden und sich die genealogische Diskriminierung von Menschen jüdischer oder teiljüdischer Herkunft verschärfte, begann 1936 auch die evangelische Kirche, sich verstärkt Gedanken um ihre nun „nichtarischen“ Mitglieder zu machen. Zwar gab es die umstrittene „Judenmission“, die Juden zum Christentum zu konvertieren suchte, eine „Rettungsgarantie“ war dies jedoch kaum. Nichtsdestotrotz gab es circa 35 000 bis 40 000 Christen mit jüdischen Wurzeln im nationalsozialistischen Deutschland [Zahlen von 1939] und so wurden erstmals Hilfen für diese besprochen. Dazu gehörte auch die Unterstützung bei der Auswanderung.

Der Kaulsdorfer Pfarrer → **Heinrich Grüber** tat sich hierbei aufgrund seiner Kontakte zur niederländischen Gemeinde in Berlin und in die Niederlande besonders hervor. Unter seiner Führung wurde Ende 1938 das Büro Grüber in Berlin gegründet. Mit zeitweise über dreißig Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglichte er vom Dezember 1938 bis Oktober 1940 nahezu 2000 Menschen die Auswanderung. Im Zuge der → **Novemberpogrome** Ende 1938 wurde „nichtarischen“ Kindern der öffentliche Schulbesuch gänzlich verwehrt und so beherbergte das Büro Grüber gleichzeitig auch eine „Familienschule“, in der zeitweise bis zu 100 Kinder unterrichtet wurden. Mit Kriegsbeginn verschlechterte sich die Lage dramatisch; im Sommer 1941 wurde die „Judenmission“ verboten. Nur ein Jahr später wurde Grüber ins KZ Sachsenhausen verschleppt, das Büro selbst geschlossen und die Akten beschlagnahmt. Die „Familienschule“ musste schließlich im Sommer 1942 geschlossen werden. Allerdings schwankte auch das Büro Grüber zwischen Widerstand und notwendiger Zusammenarbeit mit dem NS-Regime, musste es doch als „Hilfsstelle für nichtarische Christen“ staatlich geduldet werden, sodass vieles vom diplomatischen Fingerspitzengefühl Heinrich Grübers abhängig war.

Schaut man sich dagegen die Biografie des Pfarrers Joachim Hossenfelder (1899-1976) an, so ist die direkte Kollaboration und unmittelbare Unterstützung des NS-Regimes ungleich eindeutiger zu fassen. Bereits im April 1929 der NSDAP beigetreten, war er Mitbegründer der DC und wurde ihr erster Reichsleiter, forderte unter anderem eine eingeschränkte Religionsfreiheit und die vollumfängliche Umsetzung der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“. Weitreichenden Einfluss erlangte er als Herausgeber des Sonntagsblattes der Deutschen Christen: „Für meine Deutschen bin ich geboren, ihnen will ich auch dienen.“ Getreu dem lutherischen Motto forderte er bereits in der ersten Ausgabe vom 16. Oktober 1932 die Einsetzung einer Reichskirche.

Abschließend bleibt nur zu konstatieren, dass ein großer Teil der evangelischen Kirche, namentlich die Gruppierung der DC, den nationalsozialistischen Staat in seinen völkisch-rassischen Bestrebungen nicht nur offen befürwortete, sondern ihm durch Sippenforschung und eine eigene, interne ‚Entjudungspolitik‘ aktiv bei deren Umsetzung half.

Diametral entgegengesetzt stand diesen Überzeugungen die BK, doch im evangelischen „Bruderkampf“ und in ihrer Ablehnung des Nationalsozialismus schaffte sie es nicht, einen einheitlichen und organisierten Widerstand zu bilden. Dietrich Bonhoeffer schrieb in seinem unvollendeten Hauptwerk *Ethik*: „Die echte christliche Verantwortung umfaßt das Ganze des weltlichen Handelns, sie läßt sich keineswegs auf irgendeinen isolierten religiösen Bereich beschränken.“ Vielmehr sind es die unzählbaren, einzelnen Widerstandstaten, die Beispiele Bonhoeffers, Grubers und Niemöllers, die diese christliche Verantwortung erkannten und sich, wenngleich nicht als geschlossene Gruppe, so aber als Individuen dem menschenverachtenden Unrecht des Nationalsozialismus entgegenstellten.

Der Begriff **Novemberpogrome** bezieht sich auf die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 und bezeichnet vom nationalsozialistischen Regime organisierte und gelenkte Gewaltmaßnahmen gegen Juden in Deutschland und Österreich. Dabei wurden vom 7. bis 13. November mehrere hundert Juden ermordet, mehr als 1400 Synagogen und sonstige Versammlungsräume sowie tausende Geschäfte, Wohnungen und jüdische Friedhöfe zerstört. Die Pogrome markieren den Übergang von der Diskriminierung der deutschen Juden ab 1933 hin zu ihrer systematischen Vertreibung.

Adolf Hitler, Abt Albanus Schachleiter und Reichsbischof Ludwig Müller, 1934.

© ullstein bild - Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl



In den folgenden Jahren nähert sich Martha zunehmend dem Kreis der Bekennenden Kirche an. Sie achtet jedoch strengstens darauf, dass ihr diese Sympathie nicht nachgewiesen werden konnte, zum einen damit sie möglichen Folgen durch die Nationalsozialisten entging und zum anderen ihre Anstellung nicht gefährdete. Sie hatte in der Dahlemer Gemeinde in Berlin Anschluss gefunden und während eines Gesprächs mit einem Gemeindemitglied herausgefunden, dass die Nationalsozialisten nicht die ersten waren, die Gesetze gegen Juden verhängt hatten. Bereits einige Jahre zuvor hatte die Kirche selbst Gesetze verabschiedet, die jüdisch-stämmige Pfarrer und „Halbjuden“ aus der Kirche ausschlossen und so den Berufsstand ‚reinigen‘ sollten. Daraufhin erkundigt sich Martha unauffällig, wie sie jüdische Mitbürger unterstützen könnte und wird an das Büro Grüber verwiesen. Mit Schrecken verfolgt sie kurz darauf in Berlin die Novemberpogrome und wird in ihrer Überzeugung nur noch einmal bestärkt - sie möchte helfen.

Zusammen mit mehr als 500 weiteren Mitgliedern verfolgt sie am 16. November 1938 während des Bußtagsgottesdienst beeindruckt und zugleich beschämt die Worte des Hilfspredigers Helmut Gollwitzer: „[...] es sind genug Anzeichen dafür da, daß die Fronten sich nicht gegenüber stehen - wie schuldig und unschuldig, wie schwarz und weiß - sondern, daß wir mitverhaftet sind in die große Schuld, daß wir mit schamrot werden müssen und mit gemeinsamer Schande behaftet sind.“ Die für Martha eindrücklichsten Zeilen waren jedoch andere und sie notiert jene später in ihrem Tagebuch:

[...] er hat nicht, was du hast. Du hast 2 Röcke, er hat keinen - du hast Speise, er hat keine, - du hast Schutz, er ist schutzlos - du hast Ehre, ihm ist sie genommen, - du hast Familie und Freundschaft, er ist vereinsamt, - du hast noch etwas Geld, er hat keins mehr, - du hast ein Dach überm Kopf, er nicht.

Einige Monate später ist Martha im Büro Grüber engagiert und hatte u.a. zwei ehemalige Schüler und deren Familien bei der Ausreise unterstützen können. Besonders gefreut hatte sie sich darüber, ihrer alten Lehrerkollegin und deren Mann helfen zu können, die nun in den Niederlanden lebten. Sie handelt dabei stets nach dem Motto: „Niemand hat das Recht zu gehorchen.“

Die evangelische Kirche im Zweiten Weltkrieg

Nachdem der kirchenpolitische Kurs des NS-Regimes, die Kirchen aus dem öffentlichen Leben heraus zu drängen, bis zuletzt fortgeführt wurde, sollte sich die Situation zwischen Kirche und Staat mit Beginn des Krieges und einem von Hitler verhängten Burgfrieden eigentlich entspannen. Letzterer sollte die Unterstützung für den Krieg sicherstellen; Tatsache war aber, dass der Kurs des NS-Regimes noch restriktiver wurde.

Die Kirche behielt ihre passive Rolle auch angesichts der Kriegsverbrechen bei; weder das → „Euthanasie“-Programm noch die Verordnung zu den → **Judensternen** oder die Deportationen veranlasste sie dazu, nun doch Stellung zu beziehen, aktiv Widerstand zu leisten oder zumindest Solidarität mit den Verfolgten zu zeigen. Dazu war der Antisemitismus auch in den Reihen der Kirche – in beiden Gruppierungen – zu tief verwurzelt. Wie auch in den Jahren zuvor gab es natürlich vereinzelt kritische Stimmen, doch diese waren rar und kamen zudem meist von bereits bekannten Persönlichkeiten.

Der Begriff „**Euthanasie**“ ist eine stark euphemistische Bezeichnung aus dem NS-Sprachgebrauch, die den rassistisch und sozialdarwinistisch motivierten Mord an kranken oder geistig behinderten Menschen beschreibt, verschleiert und verharmlost (ursprüngl. altgriechisch „euthanasía“ für „angenehmer Tod“ bzw. Sterbehilfe). Die Menschenversuche, das Erstickten, Verhungern, Vergiften oder Misshandeln von geistig behinderten Menschen wurde als „Gnadentod“ und „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ im Zuge der nationalsozialistischen „Rassenhygiene“ erklärt. Von 1940-1941 erfolgte die systematische Ermordung von mehr als 70.000 behinderten Menschen im Rahmen der „Aktion T-4“, welche 1941 offiziell in ihrem ursprünglich großen, öffentlichen Ausmaß aufgrund gesellschaftlicher und kirchlicher Proteste abgebrochen wurde.

Der **Judenstern** war ein am 01.09.1941 eingeführtes Zwangskennzeichen für Personen, die nach den Nürnberger Gesetzen von 1935 rechtlich als Juden galten. Durch den Aufnäher mit der Aufschrift „Jude“ wurde die 1933 begonnene systematische Ausgrenzung der Minderheit fortgeführt und war für alle sichtbar. Die Kennzeichnung diente zugleich der leichteren Identifikation für die am 18.10.1941 beginnenden Deportationen.



In Anwesenheit des Berliner SA-Obergruppenführers Graf Helldorf wird von Pfarrer Walter Hoff ein Feldgottesdienst abgehalten. Fotografie von Carl Weinrother, 1932.

© bpk / Carl Weinrother

Wie ging die Kirche mit der Schuldfrage um?

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stand die Kirche, wie auch das ganze Land, vor der Aufgabe der Neuordnung und war mit der Frage nach einem neuen Verhältnis von Religion, Kirche und Politik konfrontiert. Ein Versuch für diesen Neuanfang erfolgte in Form der Stuttgarter Schulderklärung. Mit dieser bekannte sich die nach dem Zweiten Weltkrieg gebildete Evangelische Kirche in Deutschland (Rat der EKD) im Oktober 1945 erstmals mitschuldig an den Verbrechen des Nationalsozialismus. Auch hier zeigen sich wiederholt personelle Kontinuitäten; die Verfasser Hans Christian Asmussen, Otto Dibelius und Martin Niemöller bekleideten schon vorher die Leitungämter der BK und äußerten sich wiederholt kritisch. Erstmals zeigte die evangelische Kirche Einsicht bezüglich des eigenen Versagens. Die Veröffentlichung löste sowohl in Kirchenkreisen als auch in der Bevölkerung heftige Kontroversen aus und stieß nur selten auf Zustimmung. Vor allem die von Niemöller hinzugefügte Hauptpassage **„[...] wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben“** gab wiederholt Anlass für öffentliche Auseinandersetzungen und nicht selten auch Widerspruch. Doch gerade diese Aussage ist, wie auch das gesamte Bekenntnis, kritisch zu hinterfragen; die Erklärung ist unspezifisch und differenziert nicht klar zwischen persönlicher, kirchlicher und deutscher Schuld. Zudem wurde sie nicht vorrangig in Folge der Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit verfasst, sondern war Voraussetzung, um in die ökumenische Gemeinschaft aufgenommen zu werden. Hinzu kommt, dass die zitierte Formulierung „nicht mutiger bekannt [...]“ davon ausgeht, dass sich ‚mutig bekannt‘ wurde – das entspricht jedoch, bis auf wenige Einzelfälle, nicht der Wahrheit.

Nach 1945 betrieb die Kirche ihre eigene Geschichtsschreibung (Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte des Kirchenkampfes), übernahm so die Deutungshoheit über ihre eigene Rolle und schrieb die „Kirchenkampf“-Mythen fort, sodass sie sich in einem insgesamt positiven Licht darstellen konnte. Damit war sie durchaus erfolgreich, für viele Nachgeborenen war diese Haltung handlungsprägend und ist es mitunter auch heute noch. Die BK-Führungspersonen genossen lange Zeit einen hohen Stellenwert, der erst heute in Frage gestellt wird und zu heftigen Kontroversen und auch Generationskonflikten führt.

Verordnungs- und Nachrichtenblatt

AMTLICHES ORGAN DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND

Veröffentlicht unter der Zulassung Nr. US-W-1006 der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung.

Die Stuttgarter Erklärung

Der Rat der EKD. begrüßt bei seiner Sitzung am 18./19. Oktober 1945 in Stuttgart Vertreter des Ökumenischen Rates der Kirchen:

„Wir sind für diesen Besuch um so dankbarer, als wir uns mit unserem Volke nicht nur in einer großen Gemeinschaft der Leiden wissen, sondern auch in einer Solidarität der Schuld. Mit großem Schmerz sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden. Was wir unseren Gemeinden oft bezeugt haben, das sprechen wir jetzt im Namen der ganzen Kirche aus: Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregiment seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.

Nun soll in unseren Kirchen ein neuer Anfang gemacht werden. Gezündet auf die heilige Schrift, mit ganzem Ernst ausgerichtet auf den alleinigen Herrn der Kirche, gehen sie daran, sich von glaubensfremden Einflüssen zu reinigen und sich selber zu ordnen. Wir hoffen zu dem Gott der Gnade und Barmherzigkeit, daß er unsere Kirchen als sein Werkzeug brauchen und ihnen Vollmacht geben wird, sein Wort zu verkündigen und seinem Willen Gehorsam zu schaffen bei uns selbst und bei unserem ganzen Volk.

Daß wir uns bei diesem neuen Anfang mit den andern Kirchen der ökumenischen Gemeinschaft herzlich verbunden wissen dürfen, erfüllt uns mit tiefer Freude.

Wir hoffen zu Gott, daß durch den gemeinsamen Dienst der Kirchen dem Geist der Gewalt und der Vergeltung, der heute von neuem mächtig werden will, in aller Welt gesteuert werde und der Geist des Friedens und der Liebe zur Herrschaft komme, in dem allein die gequälte Menschheit Genesung finden kann.

So bitten wir in einer Stunde, in der die ganze Welt einen neuen Anfang braucht: „Veni, creator spiritus!“

Stuttgart, 18./19. Oktober 1945.

gez. D. Wurm
Rsmussen DD.
D. Meiser

Dr. Lilje
Hahn
Held

Dr. Heinemann
Smend D. Dr.
Dibelius

Martin Niemöller.
Lic. Niesel

Nach dem Schuldbekenntnis blieb es lange still, erst ab den 1990ern erfolgte sowohl in einzelnen Landeskirchen als auch den Gemeinden eine zunehmende Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit und eine kritische Aufarbeitung derselben. Dabei kam u.a. heraus, dass es trotz Entnazifizierung personelle Kontinuitäten gab. So waren ehemalige Mitglieder der DC auch weiterhin in mitunter leitenden Positionen beschäftigt. Erschwerend hinzu kam, dass die Kirche von „angeblichen“ oder „so genannten Kriegsverbrechern“ sprach, diese in Schutz nahm und auf der Unschuldsvermutung beharrte. Ein Zeichen für die fehlende Auseinandersetzung und auch gewissermaßen Ignoranz der Vergangenheit, wie sie auch heute nicht selten noch anzutreffen ist. **Das Mitgefühl der evangelischen Kirche galt weniger den Opfern, sondern vielmehr den Tätern des Nationalsozialismus. Mit dieser Haltung hatte sie sich zum zweiten Mal schuldig gemacht.**

Stuttgarter Schulderklärung
© Stiftung Haus der Geschichte,
EB-Nr. LEMO 8/033

Um nicht belästigt zu werden, ließ man vieles unbemerkt. Hinterher konnte man sagen, man habe nichts gewusst – oder doch nichts so ganz genau.

Bischof Wolfgang Huber

Ein positives Beispiel aus der Gegenwart:

Bischof Wolfgang Huber

Anlässlich des Buß- und Bettags äußerte sich → **Bischof Huber** im Jahr 2002 in seiner Predigt zur Mitschuld der evangelischen Kirche am Schicksal von Christen jüdischer Herkunft in der Zeit des Nationalsozialismus:

Aber es waren wenige, die sich für Christen jüdischer Herkunft einsetzten. In einem erschreckend großen Teil der Gemeinden und der Pfarerschaft unserer Kirche hatte schon längst der Ungeist Wurzeln geschlagen, den der kirchenpolitische Stoßtrupp der NSDAP, die „Glaubensbewegung DC“ schon in ihren „Richtlinien“ vom Juni 1932 unmissverständlich so zum Ausdruck gebracht hatte [...]. Gewiss fanden derart menschenverachtende Töne in der BK keine Resonanz. Aber der Antijudaismus war auch in ihr fest verankert und zeigte seine Auswirkungen. [...] Um nicht belästigt zu werden, ließ man vieles unbemerkt. Hinterher konnte man sagen, man habe nichts gewusst – oder doch nichts so ganz genau. [...]

Aber die Synagogen hatten gebrannt, vor aller Augen. Und Jüdinnen und Juden mussten vom 1. September 1941 an den gelben „Judenstern“ tragen, auch vor aller Augen. Auch die getauften Juden waren eingeschlossen. Eigentlich hätte das zu einer Solidarisierung aller Christen mit den auf diese Weise gebrandmarkten Juden insgesamt führen müssen. Und in diesem Rahmen hätten christliche Gemeinden ein wichtiges Zeichen setzen können durch die Art, in der sie sich zur Zusammengehörigkeit mit ihren Gliedern jüdischer Herkunft bekannten. Doch das Gegenteil geschah: Man ließ die Brandmarkung von Jüdinnen und Juden geschehen. Und es vollzog sich sogar eine Isolierung der getauften Juden. Die durch die christliche Taufe begründete Gemeinschaft erwies sich – Gott sei's geklagt – in vielen Fällen gegenüber der nationalsozialistischen Rassenlehre als unwirksam. Was sich zuvor schon in vielen einzelnen Fällen vollzogen hatte, wurde nun zur offiziellen Kirchenpolitik. [...]

Unsere Kirche bekennt an diesem Buß- und Bettag ihre besondere Schuld an diesen Mitlebenden. Wir klagen uns an, dass die Leitung unserer Kirche sie nicht geschützt und unsere Gemeinden sie nicht geborgen haben. Wir erinnern uns zugleich an die Menschen, die damals versucht haben, dem Rad in die Speichen zu greifen. Es waren wenige und es geschah spät. Aber mit ihrem Widerstand setzten sie Zeichen der Menschlichkeit inmitten des Grauens.

Wolfgang Dietrich Huber (*1942) ist ein deutscher evangelischer Theologe, der zahlreiche hochrangige Kirchenämter innehatte, u.a. war er Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg und EKD Ratsvorsitzender. Anregung für sein Denken und Handeln fand er in der Theologie Dietrich Bonhoeffers und gab zahlreiche Publikationen zu den Themen Religion, Menschenrechte, Ethik und Erneuerung der Kirche heraus.

Schluss

Karl Theodor Jaspers (1883-1969) war ein deutscher Psychiater und Philosoph von internationalem Einfluss, lebenslanger Freund und Briefpartner Hannah Arendts und Professor an verschiedensten Universitäten. Er erreichte größere Bekanntheit durch seine politischen Schriften im Deutschland der Nachkriegszeit, insbesondere zum Thema der Schuldfrage.

Als der deutsche Philosoph → **Karl Jaspers** im Wintersemester 1945/1946 den übervollen Hörsaal der Universität Heidelberg betrat, um seine Vorlesung zur Schuldfrage des besetzten Deutschlands zu halten, schwamm er damit gegen den Strom: Vielerorts hatten Menschen nach dem Kriegsende Existenzängste, sorgten sich um ihr Überleben und fürchteten um ihren Alltag, nur die wenigsten fanden die Kraft und das Interesse, ihre eigene Schuld aufzuarbeiten. Nichtsdestotrotz erlangten die Jasper'schen Ausführungen eine solche Bedeutung, dass er beschloss, sie ein Jahr später als Buch mit dem schlichten Titel *Die Schuldfrage* (1946) zu veröffentlichen. Seine Schrift hat auch heute nicht an Bedeutung verloren, und auch wenn Jaspers sich vor allem mit der gesamtdeutschen Schuld auseinandergesetzt hat, so bietet es sich an, seine theoretischen Überlegungen zur Schuldfrage retrospektiv auf die evangelische Kirche im Nationalsozialismus anzuwenden.

Jaspers kategorisiert die Schuld in vier Stufen (kriminelle, politische, moralische und metaphysische): Kriminelle Schuld haben nach ihm alle Deutschen auf sich geladen, die im Namen des NS-Regimes objektive Verbrechen gegen das Gesetz begangen haben. Zur Aufarbeitung dieser Schuld plädiert Jaspers für Verfahren vor deutschen Gerichten. Dieser klaren, juristischen Schuldauslegung sind vor allem jene evangelischen Funktionäre unterzuordnen, die klare, strafrechtlich zu verfolgende Delikte begangen haben oder Mitglied bestimmter nationalsozialistischer Organisationen waren. So könnten beispielsweise Karl Themel, die Kirchbuchstelle Alt-Berlin oder einzelne Kriegspfarren im Sinne Jaspers' kriminell schuldig sein. In einer zweiten, politischen Schuld-kategorie beschreibt Jaspers eine Art staatsbürgerliche Verantwortung: Jeder Bürger eines Landes sei für die Handlungen und Maßnahmen seiner Regierung implizit verantwortlich und insofern schuldig, dass er nichts gegen sie unternommen habe. Hierüber zu urteilen sei Sache der einen Krieg gewinnenden, überlegenen Gewalt. Die Gruppe möglicherweise politisch schuldiger, evangelischer Christen im nationalsozialistischen Deutschland beginnt bereits hier unüberschaubar zu werden. Unter einem vielschichtigen, moralischen Schuldbegriff wird daraufhin jeder Einzelne gefasst. So zählen hierunter beispielsweise diejenigen, die selbsttäuschend über die NS-Verbrechen hinweggesehen haben, nur Mitläufer waren, aber auch diejenigen, die das NS-Regime unbedingt und völlig überzeugt unterstützt haben. Als letzten, metaphysischen Schuldbegriff führt Jaspers die indirekte Mitverantwortung für alles Unrecht und alles Leid in der Welt an. Diese Schuld haben alle auf sich geladen, die ignorant, unsolidarisch und ohne Sorge um das Überleben ihrer Mitmenschen ihre Existenz im NS-Staat fortgeführt haben.

In beiden letztgenannten Kategorien entscheiden der Einzelfall und das persönliche Empfinden über die jeweilige Auslegung. Jaspers weist zudem darauf hin, dass es für beide Schuldbegriffe keine höhere, richterliche Instanz gebe; allein das Individuum selbst müsse (vor Gott) zu einer solchen moralisch-metaphysischen Einsicht kommen. Rückblickend schreibt Jaspers selbst:

Wir haben es vorgezogen am Leben zu bleiben mit dem schwachen, wenn auch richtigen Grund, unser Tod hätte nichts helfen können. Daß wir leben, ist unsere Schuld. Wir wissen vor Gott, was uns tief demütigt.

Die Auslegung der vierstufigen Schuldbegriffe bleibt jedem Einzelnen selbst überlassen. Jaspers versieht seine Ausführungen mit dem Appell, sich individuell entlang der vier Kategorien zu hinterfragen. Gleichwohl warnt er davor, undifferenziert über eine Gruppe von Menschen zu richten – ein Kollektiv könne nie als Ganzes be- oder verurteilt werden. Nach Jaspers können daher weder die evangelische Kirche noch die beiden internen Gruppierungen pauschal und kollektiv anhand der angeführten Kategorien eingeordnet werden, es bedarf stets einer individuellen Betrachtung.

Schuld

bedeutet, verantwortlich zu sein für begangenes Unrecht. Und es heißt auch, die Verantwortung für diese Verfehlung zu übernehmen, sich dessen bewusst zu sein und vor allem auch, dazu zu stehen. Nicht umsonst steckt in dem Wort schulden auch die Schuld selbst; beide Wörter stehen in direkter Abhängigkeit zueinander. Das Wort Schuld impliziert Verbindlichkeiten und die Verpflichtung zu einer Leistung, im Falle der Kirche meint das die Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit – und das besser spät als nie.

**Wir sind mitverhaftet in die große Schuld,
daß wir schamrot werden müssen,
wie biedere Menschen sich auf einmal
in grausame Bestien verwandeln.
Wir sind alle daran beteiligt,
der eine durch Feigheit,
der andere durch Bequemlichkeit,
die allem aus dem Wege geht,
durch das Vorübergehen,
das Schweigen,
das Augenzumachen,
durch die Trägheit des Herzens,
durch die verfluchte Vorsicht.
Was sollen wir tun?
Tue deinen Mund auf
für die Stummen,
und für die Sache aller!
Gott will Taten sehen,
gute Werke gerade von denen,
die mit Christi Hilfe entronnen sind.**

**Draußen wartet unser Nächster
notleidend,
schutzlos,
ehrlos,
hungernd
gejagt und umgetrieben
von der Angst um seine nackte Existenz,
er wartet darauf,
ob heute die christliche Gemeinde
wirklich einen Bußtag begangen hat.
Jesus Christus wartet darauf [...]**

**Auszug aus der Predigt zum Buß- und Betttag von
Helmut Gollwitzer (16. November 1938)**

LITERATUR- UND QUELLEN- VERZEICHNIS

GAILUS, Manfred: Kirchliche Amtshilfe. Die Kirche und die Judenverfolgung im Dritten Reich, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008.

GAILUS, Manfred: Bruderkampf im eigenen Haus. Die evangelischen Pfarrer in Berlin und der Nationalsozialismus, in: Kirchliche Zeitgeschichte (2000), Vol. 13/1, Katholizismus und Protestantismus während der NS-Diktatur und in der Nachkriegszeit, S. 20-44.

HUBER, Wolfgang (Bischof): Predigt im Gottesdienst zum Buß- und Bettag 2002 zum Gedenken an das Schicksal von Christen jüdischer Herkunft in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur am 20. November 2002 in der Pauluskirche Berlin-Zehlendorf, online verfügbar unter <https://www.landeskirchenarchivberlin.de/wp-content/uploads/2009/12/predigt-bischof-huber-2002.pdf>.

SANDVOSS, Hans-Rainer: »Es wird gebeten, die Gottesdienste zu überwachen...«. Religionsgemeinschaften in Berlin zwischen Anpassung, Selbstbehauptung und Widerstand von 1933 bis 1945, Berlin 2014.

VOLLNHALS, Clemens: Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945-1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit, München 1989.

INTERESSANTE (ONLINE)-AUSSTELLUNGEN UND WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN ZUM THEMA

Neue Anfänge nach 1945? Wie die Landeskirchen Nordelbiens mit ihrer NS-Vergangenheit umgingen, Eine Wanderausstellung der Nordkirche 2016 - 2019, online verfügbar unter <https://www.nordkirche-nach45.de/>.

Unterwegs zur mündigen Gemeinde – Die Evangelische Kirche im Nationalsozialismus am Beispiel der Gemeinde Dahlem (Martin-Niemöller-Haus Berlin-Dahlem), Ausstellung online verfügbar unter <https://www.friedenszentrum-martin-niemoeller-haus.de/ausstellung/>.

Widerstand aus christlichem Glauben, Informationen und Dokumente der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, online verfügbar unter <https://www.gdw-berlin.de/home/>.

Widerstand!? Evangelische Christinnen und Christen im Nationalsozialismus (Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte), interaktive Ausstellung online verfügbar unter <https://de.evangelischer-widerstand.de/#/>.

Impressum

Diese Broschüre wurde erstellt von Victoria Klärner, Vera Klauser Soldá und Henrik Scholle im Rahmen mehrerer Veranstaltungen: X-Student Research Group „Kirchliche Amtshilfe? Die Kirchenbuchstelle Alt-Berlin und der Holocaust“ im Sommersemester 2021 und Wintersemester 2021/22 im Rahmen des StuROPx-Programms der Berlin University Alliance. „Zwischen Kreuz und Hakenkreuz – Kirche in Berlin und Brandenburg 1914 bis 1949“, Q-Team des bologna.labs an der Humboldt-Universität zu Berlin im Wintersemester 2020/21. Die Leitung der Veranstaltungen hatten Philipp Dinkelaker, M. A., Johannes Kellner, M. A. und Dr. Johan Wagner.

Die Veranstaltungen wurden unterstützt vom Evangelischen Landeskirchlichen Archiv in Berlin (ELAB). Neben dem ELAB wurde die X-Student-Research Group von der Kirchenbuchportal GmbH als Betreiber der Marke Archion (Gesellschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland zusammen mit zahlreichen evangelischen Landeskirchen) mit Sitz in Stuttgart mit Lizenzen für Datenbank-Nutzung im Rahmen von Forschung und Lehre unterstützt.

Verantwortlich für das Layout und die grafische Gestaltung war Johanna Groß, Studentin der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft.

Die institutionelle Anbindung der X-Student Research Group besteht über das Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin. Die Berlin University Alliance wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und dem Land Berlin im Rahmen der Exzellenzstrategie von Bund und Länder. Die Projekte des bologna.labs wurden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) aus dem Qualitätspakt Lehre finanziert.

Online-Texte zu den Veranstaltungen finden sich unter: <https://blogs.hu-berlin.de/kircheimns>

Inhaltlich verantwortlich sind die teilnehmenden Dozierenden und Studierenden individuell, die Freiheit von Lehre und Forschung wird insofern gewahrt, dass die Nachfolgeorganisation der evangelischen Kirche in Berlin und Brandenburg, die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz keinerlei Einfluss auf die Forschungen und den Lehrbetrieb nimmt.

© Copyright 2020-2022 – Alle Inhalte, insbesondere Texte und Grafiken, sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, einschließlich der Vervielfältigung, Veröffentlichung, Bearbeitung und Übersetzung, bleiben vorbehalten.

Finanzierung und Unterstützung durch folgende Institutionen



A close-up photograph of a brick wall with a repeating pattern of light-colored bricks and reddish-brown mortar. A horizontal strip of red paper with a torn, irregular edge is superimposed over the center of the wall. The text is printed on this red strip.

**Niemand hat das Recht
zu gehorchen.**

Hannah Arendt